

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 Nr. 525

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 209

Weggedruckt für Halle v. No. 235 5/2. Durch die Post bezogen 5/20 RM für das Vierteljahr monatlich 1.30 RM. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratzis-Beilagen: Halle'scher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), N. N. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Randw. Mitteilungen, Kultur-Wochenbeilage, Sächsische Wohnungsblätter, Anzeigerbeilage (für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Einzelhefte führen für die sechsgrößten Abnehmerpreise über deren Namen so Wenig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Erpeditionen. Postfachamt: Leipzig Nr. 20612

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62
Telefon 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäfts-
schluss: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5008 und 5009

Sonnabend, 4. November 1916

Ergebnislose italienische Angriffe auf der Karsthochfläche

Die Lage in Griechenland Die Befehung von Caterini

London, 3. Nov. „Daily Chronicle“ berichtet aus Athen, daß etwa 500 Beniflischen Caterini, ohne auf Widerstand zu stoßen besetzt haben. Auf dem Wege dahin kam es zu einem kurzen Kampf mit Gyonen, die die Brücke von Giacom bewachten. — Einer Neutermelung zufolge hat die Regierung Verhandlungen nach Caterini geschickt.

London, 3. Nov. Der „Daily Mail“ wird aus Athen vom 2. berichtet, es sei dadurch eine sonderbare Lage entstanden, daß Offiziere, die an der unter Aufsicht der Alliierten gehaltenen Bahnhöfe von Larissa Dienst tun, konsolidierten Offizieren in Larissa gestattet, Verhandlungen auszuführen, um den Normale der Beniflischen Streitkräfte in Caterini aufzuheben. Daß die Alliierten zugeben, daß militärische Maßnahmen gegen ihre eigenen Verbündeten getroffen werden, werde für infam und unzulässig gehalten, und die Beniflischen seien verständig darüber überlassen. Die Unzufriedenheit unter den Beniflischen hat den jetzt bestehenden Verhältnissen sei groß. Sie seien der Ansicht, daß die Vorkennung der Regierung in Athen durch die Alliierten ein Schlag gegen die Regierung in Saloniki sei.

„Daily Chronicle“ teilt in einem Bericht aus Athen vom 1. November über die „Befehung von Caterini“ mit, infolge eines politischen Streites sei der Reutnant Beniflis geschickt worden und darauf seien 600 Mann der nationalen Verteidigungsarmee gegen die Stadt vorgezogen. Diese Abteilung habe sich nach einem kurzen Kampf gegen die griechischen Regierungstruppen der Stadt beniflis bemächtigt, das Dorf Gaidaro besetzt und sei Johann, ohne auf Widerstand zu stoßen, in Caterini eingezogen. Nach einem späteren Bericht hätten die Truppen, die die Stadt besetzt haben, 500 Mann. Die Garnison blühte, wie die Nationalen anfanen, mit Hinterlassung des ganzen Materials. Die Stadt habe die Soldaten der nationalen Armee mit großem Jubel empfangen.

Nach einem Bericht aus Saloniki zählt die nationale Armee jetzt 30 000 Mann, von denen 17 000 vollständig ausgerüstet sind, und bereits im Felde stehen.

Bern, 3. November. „Secola“ meldet aus Athen: Die griechischen Garnison von Caterini in Stärke von 170 Soldaten, die von dem Obersten Mitas befehligt wird, soll sich nach jüngem Befehl mit den Revolutionären auf die umliegenden Höhenzüge zurückgezogen sein. Nach einer Mitteilung des Königs mit dem englischen Gesandten wurden dem Obersten Mitas mit der Befehl 1500 Soldaten mit Kanonen zur Verstärkung geschickt.

„Echo de Paris“ wird aus Saloniki gemeldet: Griechischen Wätern zufolge hat eine starke albanesische Bande von Athopolis (Girnis) angegriffen, zwei griechische Wätern und vier Einwohnern getötet, welche der unter dem Befehl des Reutnants Buzas errichteten Wätern angehört. Buzas selbst, sowie 25 Einwohner werden vermisst. Man vermutet, daß sie von den Angreifern gefangen wurden.

Berlin, 4. Nov. Beniflis bestellte, wie berichtet wird, für den Salonikier Kolonialverkehr Briefmarken mit dem Bildnis Alexanders des Großen.

Sieben griechische Dampfer vermisst

Athen, 3. Nov. (Reuters). Während der letzten 12 Tage sind sieben griechische Dampfer vermisst worden.

Eine Preise

London, 2. Nov. (Amflich). Die Admiralität teilt mit: Der niederländische Dampfer „Odamab“ ist Mittwoch nacht vom Feinde in der Nähe des Noordbriden Feuerwerkes erbeutet worden. Es wurde eine Preisangebotsung an Bord gebracht, und das Schiff sollte nach Bezahlung gefährt werden, als es am Donnerstag gegen Tagesanbruch von einem unserer leichten Patrouillenfahrzeuge überholt wurde. Die Preisangebotsung verwarfte das Schiff in die Luft zu sprengen und ging in die Bröte, ebenso wie die übrige Besatzung der „Odamab“. Die Preisangebotsung, bestehend aus zwei Offizieren und neun Mann, wurde angehalten und zu Gefangenen gemacht. Das Schiff wurde von einem unserer Fahrzeuge ins Schlepp genommen. Fünf deutsche Zerstörer, die hinzukamen, vernichteten um die Bröte in den Fören zu geleiten, wurden angegriffen und sofort in die Flucht geschlagen. „Odamab“ wurde fünf Stunden lang bis sechs Meilen von Ost von Holland geschleppt, wo es von einem holländischen Schiff übernommen wurde.

Amsterdam, 3. Nov. Der niederländische Dampfer „Odamab“, der bei Ost von Holland auf Grund gesetzt worden war, ist nun geschlagen. Die Leihung treibt auf dem Wasser.

Der österreichische Generalkstabsbericht

Wien, 3. Nov. Amflich wird verlaufsart:
Ostlicher Kriegsschauplatz
Secresfront des Generals der Kavallerie Graherzog Karl.

In der nördlichen Slawaki griffen die Rumänen gestern an zahlreichen Stellen an. Sie wurden überall zurückgeworfen. Dem Feinde nachgehend, gewonnen unsere Truppen südlich des Bärköfcher (Kater-Turm)-Passes und südwestlich von Bedal erneut Gelände.

An der liebenbürgischen Front und in den Waldpartien war die Kampftätigkeit gering.

Secresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

An der Ahrzhaue Solotynska Bergfeldschleife. In der Karajowa vertrieben die Russen in sieben Massenföhen die am 30. Oktober an unsere Verbündeten verlorenen Stellungen zurückzugewinnen. Alle Anstürme des Gegners brachen unter schweren Verlusten zusammen. Südlich von Gulewize am Etchob vertrieb ein Jagdbattalion österreichischer Landwehr einen russischen Vorposten.

Italienischer Kriegsschauplatz

An der Schlachtfront im Südenlande wurde auch gestern mit größter Erbitterung gekämpft. Unter ungeheurem Aufwand von Menschen und Munition setzten die Italiener ihre Angriffe fort. Im Wipachale waren unsere Stellungen im Panowitzer Walde, bei Stoor und Blich Beroda erneut das Ziel wüthender Angriffe. Inverall konnte der Gagner zurückgeworfen werden. Das Quinlar Kanjurner-Regiment Nr. 2 und das Dalmatinische Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 23 hielten stehenden Stand. Auf der Karsthochfläche und im Raume um Solina wurde ein italienischer Massenstoß, der über die Höhe Reinka und entlang der Straße nach Kostanjewica angelegt war, unter schweren Verlusten des Feindes am 2. heute abgebrochen. Zwei hierbei bis zum überreifen ausbrechenden Batterien fielen, als Mann und Pferd überwältigt waren, in Feindeshand. Im südlichen Teile der Hoofschleife brachen vor der Front des tapferen österreichischen Landwehr-Regiments Nr. 32 und der Infanterie-Regiment Nr. 15 und 98 alle feindlichen Angriffe zusammen. Die Zahl der gefangenen Italiener ist auf 2200 Mann gestiegen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalkstabs v. Söfer, Feldmarschallentant.

Ereignisse zur See

Am 2. November mittags hat ein Seeflugzeuggeschwader Semaphorisation und Kohlenanlagen von Bieffe und Radiostation und Lagerhaus von Torre Forticelle erfolgreich mit Bomben belegt. Abends griff ein Seeflugzeuggeschwader die Wohnhöfen von Ronchi, sowie militärische Anlagen von Sels, Duerbo, Staranzano und die Batterie Gelametta an. Es wurden viele Zerstörer erzielt.
Zottenkommando.

Das neue Kriegssamt

Durch Allerhöchste Kabinetsorder ist nunmehr bestimmt worden, daß zur Leitung aller, mit der gesamten Kriegführung zusammenhängender Angelegenheiten, der Beschaffung, Verwendung und Ernährung der Arbeiter, sowie der Beschaffung von Rohstoffen, Waffen und Munition im Kriegsministerium ein Kriegssamt errichtet wird. Diefem wird auch die Leitung der Gefangenenangelegenheiten obliegen. Das Amt hat die Aufgabe, die Arbeiter mit Waffen und Munitionsvorschaffungsamt, die Kriegsrohstoffabteilung, die Fabrikenabteilung, sowie die die Gefangenenangelegenheiten bearbeitende Stelle des Kriegsministeriums, die Abteilung für Disziplinierungsfragen und die Abteilung für Ein- und Ausfuhr werden dem Kriegssamt unterstellt. Insbesondere wird dem Kriegssamt auch die Versorgung der Arbeiter mit Fleisch und Fett übertragen werden. Der Königlich preussische Kriegsminister v. Graese ist zum Chef des Kriegssamts ernannt worden. Der stellvertretende Kriegsminister v. Söfer, bisher im Kriegsministerium, ist als sein Stellvertreter zu den Ministern von der Kammer beauftragt worden.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 3. November 1916.

Am Bundesratsstische: Graf Roedern, Dr. Bischof, v. Woloff.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 28 Minuten.

Auf der Tagesordnung standen kurze Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Alpers (Dfsh. Frakt.) nach Maßnahmen, um den durch den Krieg geschädigten Weidmannen, Ärzten und die Krankenkassen zu erhalten, erwiderte Ministerialdirektor Dr. Remald: In gleicher Weise sind auch andere Fälle bereits geschädigt. Die Angelegenheit ist Gegenstand größter Aufmerksamkeit.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Quack (Soz.) betreffend Reichswochenhilfe und Schutz der Angehörigen von Kriegsteilnehmern davor, daß sie der Armenpflege anheim fallen antwortete

Ministerialdirektor Dr. Remald: Die Reichswochenhilfe soll unberührt gewahrt werden.

Eine Anfrage des Abg. Vierl (Soz.) nach Sandhahnen des Barenunfahrttempels beantwortete

Unterstaatssekretär Zahn: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, eine Folge der Übergangszeit, werden bald behoben sein.

Abg. Dr. Heffcher (Fortfchr. Wpt.) wünschte Gewährung von Ehrenlohn neben den Bezügen an Mitglieder der Kronenoffiziere.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Sobald größere Sandhahnen vorliegen, wird der Bundesrat Stellung zu dieser Frage nehmen.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Dr. Heffcher (Fortfchr. Wpt.) betreffend die Beschloßnahme deutscher Privaterte durch das feindliche Ausland erwiderte

Ministerialdirektor von Jonskiere: Die deutsche Regierung ist nur auf Gegenmaßnahmen angewiesen.

Eine Frage des Abg. Müller-Meinigen (Fortfchr. Wpt.) nach der Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft als Vorbereitung für die Wahl zum Richter oder Sanitätsoffizier beantwortete

von Hertig v. Wisberg: Eine deutliche Entscheidung des preussischen Kriegsministeriums besteht nicht. Die Seeresleitung wird die Angelegenheit erneut wohlwollend prüfen.

Auf eine Frage des Abg. Müller-Meinigen (Fortfchr. Wpt.) betreffend Beschloßnahme von aus Holland nach Deutschland bestimmten Briefen in Holland durch die englische Regierung antwortete

Ministerialdirektor Dr. Johannes: Auf unsere Anfrage in Holland wurde geantwortet, daß eine Öffnung der Briefe auf holländischem Boden nicht stattdesunden habe. Es könne sich lediglich um Irrtümer untergeordneter Beamter handeln. Diese Mitteilung war für uns überzeugend.

Auf eine Frage des Abg. Wassermann (Natk.) nach der Einführung eines außergerichtlichen Zwangsvergleichs erwiderte

Ministerialdirektor Dr. Schroeder: Ein solcher Entwurf ist nach Anhörung von Sachverständigen bereits ausgearbeitet und liegt dem Bundesrat vor.

Eine Anfrage des Abg. Müller-Meinigen (Fortfchr. Wpt.) nach den englischen Schwarzigen Briefen beantwortete

Ministerialdirektor Dr. Krieger: Dieses völkerrrechtswidrige Vorgehen ist ein unerhörter Eingriff in die privaten Rechte der Neutralen, denen es zu überlassen ist, ihre Rechte zu wahren. In den A-W-C-Staaten in Südamerika liegen der Kongress schon entsprechende Schutzgesetze vor, die aber noch nicht verabschiedet sind. Die Vereinigten Staaten bevollmächtigt durch einen Zufall zur Finanzhilfe den Präsidenten zu Gegenmaßnahmen, dieser machte von der Vollmacht aber noch keinen Gebrauch. Die deutsche Regierung denkt nicht daran, dem englischen Beispiel zu folgen. Deutschland wird sich über die Firmen merken, die sich bei den Schwarzigen Briefen nicht fürhalten, namentlich solche, die sich freiwillig auf sie legen lassen und damit bekunden, daß sie nicht englische Knechte sein wollen.

Abg. Wassermann (Natk.) fragt nach der Monopolisierung der Produktion von Butter, Margarine, Fleisch, etc. in Holland durch die englische Regierung zur Ausschaltung des deutschen Bezuges.

Ministerialdirektor Dr. Johannes: Hierüber liegen uns nur Zeitungsnachrichten vor. Holland ist auf die Ausfuhr nach Deutschland angewiesen und wird die Bewirtschaftung solcher Waren nicht wollen.

Die Reichsleitung wird die Angelegenheit sorgfältig im Auge behalten.

Auf die Anfrage des Abg. Wassermann (Natk.) betreffend

empfangene Nachrichten gehen dahin, die deutsche Sache auszuheilen, erwidert

Ministerialdirektor Dr. Johannes: Selbstverständlich wird Wertes, die sich den englischen Vorschriften fügen, kein deutsches Material mehr geliefert; einer niederländischen Wert wurde es sofort geliefert. Die deutschen Interessen werden voll gewahrt werden.

Auf den fortwährenden Wunsch, daß bei Ausfuhrleistungen über ungelieferte Rinder, die Ländere über ungelieferte Geburt nicht angegeben werde, erklärte Ministerialdirektor Dr. Debrüder: Das wird nicht möglich sein, die amtlichen Bescheinigungen müssen der Wahrheit entsprechen.

Hr. Weinhausen (Fortf. Vpt.) wünschte Beilegung des Mangels an Kleingeld.

Ministerialdirektor Dr. Schroeder: Jetzt wird mehr Kleingeld ausgeteilt als in Friedenszeiten. Es ist dringend nötig, daß das Kleingeld nicht zurückgehalten wird.

Hr. Gimmel (Soz.) bittet um Maßnahmen gegen die Mißwirtschaft, die den Abdruck des Reichstagsberichts vom Sonnabend verbot.

Ministerialdirektor Dr. Lohmann: Das Kriegsministerium lehnt sich mit dem dortigen Oberkommando in Verbindung. Der Abdruck ist gestattet worden.

Mehrere Rechnungsfragen wurden ohne Aussprache an die Rechnungs-Kommission überliefert.

Es folgte die Rechtsanwalts- und Gerichtsvollzieher-Gewährleistung.

Hr. Bruhn (Dsch. Frakt.): Die Rechtsanwaltskosten sind schon jetzt hoch genug, den Gerichtsvollziehern dagegen, ist die bestehende Aufbesserung zu gönnen.

Hr. v. Glinningen (Nat.): Den Rechtsanwaltsgehältern geht es keineswegs glänzend; sie leiden unter dem Kriege und verdienen auch die Armenprose. Die Rechtsprechung ist nirgends so billig wie in Deutschland.

Die Gehaltsordnung wurde gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgte der Entwurf eines Gesetzes über die

Rechtung von Kurien

der zum Vorkommen ausgenommenen Wertarbeiten.

Hr. Dove (Fortf. Vpt.): Die Kursfestlegung darf nicht zu künstlich sein. Das gegebene Dran wird die betriebl. Wirtschaft. Ich hoffe, das unnütze Opfer vermeiden werden.

Hr. Gortens (Fortf. Vpt.): Die Befreiung der Reichsanleihe dürfen nicht durch übermäßige Kursverluste gefährdet werden. Die Kursfestlegung bei ausländischen Werten wird Schwierigkeiten machen.

Hr. Zimmermann (Nat.): Wir sollten nicht an den jetzigen Zuständen rütteln. Käufer sollten immer wieder auf die Reichsanleihe vermieden werden, die beste Geldanlage, die uns am schnellsten zum Frieden führt.

Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Resolutions zum Kriegsministerium

fortgesetzt.

Hr. Neumann-Nefer (Fortf. Vpt.): Nicht nur Bayern, auch andere Bundesstaaten leiden unter der jetzigen Verteilung der Kriegserlöse. Das Verteilungsgesetz für die Mannschaften mit Selbstversorgung ist zu niedrig.

Es gibt noch immer Leute, die ein Jahr an der Front sind, ohne Urlaub zu haben. Man muß das Verhältnis härter, sind als der Wille.

Hr. Krieger: Die Umfrage nach Verwendung von Zinsen im Geese sollte nur Material schaffen. Antimilitarische Absichten haben wir nicht. Verhandlungen werden streng verurteilt; bei der Größe des Geese ist aber nicht zu erwarten, daß alle Fälle vermindern. Die Angelegenheit der Offiziersstellvertreter wird so geregelt, daß, wer einmal die Wachen getragen hat, sie auch behalten soll. Die Mogen der Beamtenstellvertreter werden jetzt erwirkt.

Hr. Dr. Gohr-Warthaufen (Soz. Arb. Gem.): Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse sind den Werken tätig. Sie werden den Bezirkskommandos genannt und dann eingesetzt. Ebenso geht es politisch unliebsamen Leuten. Das Grundübel der schlechten Verpflegung ist das Befehlen besonderer Offizier- und Unteroffizierküchen.

Hr. Oberst von Weisberg: Die erkrankten Soldaten sind nicht durch Druck auf die Ärzte zum Militär eingeworben worden. Sie werden eben für dienstfähig befunden.

Hr. Generalmajor von Dren: Die Heeresreform hat allein bei den Sechsenverbesserungen eine Jahresersparnis von 12 Millionen Mark gebracht. Die Heeresreform muß noch Tätigkeit und Verantwortlichkeit bemessen werden, nicht nach der Größe der persönlichen Gefährdung. Sonst müßte Exzellenz Sindenburg das Ministerie, der einfache Soldat das Meiste bekommen. Die Offiziere teilen die Gefahr im Säugensarben mit ihren Soldaten, hungern mit ihnen und geben ab, solange sie etwas haben. Ich gebe allen Befehlenden nach, jedem Pfund Butter, das für eine Kompanie bestimmt ist und nicht nach seinem Bestimmungsort gelangt ist. Jeder Kompanieführer hat ein Interesse daran, daß seine Soldaten auf ernährt werden und bei Stimmung bleiben.

Hr. Generalmajor von Langemann und Telecam: Von einem Klassenbefehl ist bei uns keine Rede.

Hr. Major von Dren bittet die Redner, sich bei der Vorbringung von Einzelfällen zu beschränken.

Hr. Feld (Nat.): Mannschaften und Offiziere stehen zusammen wie ein Mann. Wir wollen in der Disziplinfrage nicht Wohlwollen sondern Recht. Schließen Dank schulden wir Sindenburg, der 16 000 Pferde zur Verfügung stellte, damit die Kartoffeln eingekauft werden können. Beim Winterurlaub bestehen Mängel. Im Gouvernements Wachen und in Eisenbürgen soll Überflug ein Vorn, Fleisch usw. bestehen. Da muß ein Ausgleich erfolgen. Solange alle Leute neu eingeworben werden, werden die alten Leute im Felde kaum entlassen werden können. Reichstags und Regierung tun alles, um die Lage der Soldaten zu bessern.

Hr. Deine (Soz.): Das Kriegsministerium hat für Mißhandlungen stets ein offenes Ohr, aber der Weg von dort bis zum Schützengraben ist weit. Viele Offiziere kümmern sich um ihre Mannschaften, aber auch das Gegenteil ist der Fall.

Hr. Dr. von Arnim (Fortf. Vpt.): Es darf nicht verallgemeinert werden. Draußen steht das deutsche Volk und nicht eine entsetzte Masse und Kreche. Wandler

im Felde ist panisch geworden; die reinste Stimmung seines Kameraden ist ihm aber gleichgültig. Der Erlaß betreffend den stiftlichen Fragebogen macht die Juden in den Schützengraben zu Soldaten zweiter Klasse. Das deutsche Volk darf nicht auseinandergerissen und verhetzt werden. Welpolitik ist nicht möglich ohne Zerkern. Die Juden in Belgien zeigen, wie weit der Druck ein Volk demoralisieren kann.

Hr. Dr. Lauer (Soz.): In Bayern nimmt man eine solche Statistik nicht vor.

Damit schloß die Aussprache.

Die Resolutionen wurden angenommen und mehrere Petitionen erliebt.

Es folgte die Ernährungsfragen.

Hr. Graf Belpas (Nat.) berichtete über die Verhandlungen des Ausschusses.

Der Berichterstatter schloß seine 2 1/2 stündigen Ausführungen über die Einzelheiten der Ausfuhrverhandlungen: Die Verhandlungen haben erneut die feste Überzeugung bei allen Mitgliedern des Ausschusses hervorgerufen, daß dieser Ausfuhrkrieg nicht zum Ziele führt.

Niedererringen läßt sich das deutsche Volk durch Ausfuhrung auf keinen Fall.

Nach diesem können wir unseren tapferen Kämpfern zurufen: Das deutsche Volk steht entschlossen hinter ihnen, es ist bereit, aber auch fähig, unseren Seeren die Nahrung zuzuführen, die sie brauchen, um ihre ungeheuren Aufgaben draußen zu erledigen und ihre Geldkämpfe zu Ende zu führen. Wir sind auch entschlossen, bereit und fähig, unsere Industriearbeiterchaft so mit Nahrungsmitteln zu versorgen, daß ihre Kraft erhalten bleibt, um den Kriegsbedarf herzustellen. Wir sind entschlossen, die Ernte so einzufahren, daß sie für das ganze Frühjahr ausreicht. Das Postamt umgehen mit unseren Vorräten ist gefährlich. Um der Ernährung willen darf und wird der Krieg nicht einen Tag ohne beendet werden, als es nach der militärischen Lage nötig ist.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki: Für die nächsten Monate müssen wir Vorräte wahren lassen, wollen wir nicht später bittere Enttäuschungen erfahren. Als ganz ungesicherer Faktor muß die Einfuhr angesehen werden. Meine Hauptaufgabe muß es sein, uns möglichst unabhängig von der Einfuhr zu machen; und so stumper wird die Waffe der Ausfuhrungspläne unserer Feinde werden. Das vorige Jahr hat uns auf eine schwere Probe gestellt, namentlich durch die Mähernte an Speu und Stroh. Doch diese Zeiten glücklich überstanden worden sind, ist ein Beweis dafür, daß, wenn auch unter Entschärfungen, ein Durchhalten mit unseren eigenen Vorräten möglich ist. Die ersten Monate meiner Amtsführung waren für mich und meine Mitarbeiter nicht leicht. Manchmal haben wir befristet, es würde ein schlechtes Ende nehmen. Zu den feindlichen Ländern liegen weite Strecken brach, bei uns kaum ein Morgen. Der Mogen- und Weizenanbau hat um fast eine Million Morgen zugenommen; das beweist, daß die Landwirte nicht so profitföchtig sind, wie es oft dargestellt wird. Ich habe viele Briefe bekommen, freundschaftliche und unfreundschaftliche. In den unfreundschaftlichen, nicht unterschrieben, wurde mir ein Ende angedroht, wie es Graf Ströben gefunden hat. Unser Geer in erster Linie, dann aber auch das Volk sollen ihre Schnaps behalten. Aus Kartoffeln darf aber kein Schnaps für die Zivilbevölkerung gebraunt werden. Die akute Kartoffelnot ist fast überall behoben worden. Für die Schwerarbeiter sollen die Kartoffelrationen auf zwei Pfund und härter bemessen werden; deshalb müssen wir mit einer anderweitigen Rationierung für die übrige Bevölkerung rechnen. Ein guter Erfolg für die Kartoffel ist die Notbremse. Sie ist frosttöhrer, der Transport kann deshalb noch hinausgeschoben werden. Erst muß die Kartoffelverföhrung erledigt sein. Erhebliche Mengen Obst müssen unbedingt konserviert und den Gauskationen vorenthalten werden. Der Armeedebest ist gedeckt, auch die Zivilbevölkung kann versorgt werden. Mit dem Jader müssen wir sorgsam umgehen. Der Anbau darf im nächsten Jahre nicht sinken. Wo besonders viel Mühe auftritt, wird von militärischer Seite der Abschuß vorgemessen werden. Mit vielem müßen wir sparjam umgehen. Von der Zwangsmassempfehlung nahm ich Abstand aus schweren Bedenken technischer Natur. Das Verbot, Kartoffeln zu verbittern, beeinträchtigt erheblich die Speisemehaltung. Wir werden mit einer Verengung der Ration zu rechnen haben. Die ausreichende Ernährung der Zivilbevölkung ist für den Ausgang des Krieges notwendig, wenn auch anderen Volksteilen Entbehrungen auferlegt werden müssen. Ich könnte es nicht verantworten, wenn die Volksernährung wieder der freien Entwicklung überlassen würde. Das könnte verberbliche Folgen haben. Der Kettenhofbedarf muß bereitgestellt werden. Wir müssen auch mit Einschluß der sogenannten Auslandsarmee an einheitlichen Preisen kommen. Um den Ostfruchtbau zu fördern, werde ich im Dezember eine Umfrage über die beachtliche Anbaufläche veranstalten. Kritik ist uns erwünscht, aber die Berögrögrung, ist vom Übel. Unsere Soldaten brauchen, deren Lage gewiß nicht leichter ist als die unsre, dürfen sich auch nicht über alles ärgern. Ich kann auf Grund gewissenhafter Prüfung feststellen, daß keine Gefahr besteht, daß wir nicht bis zur neuen Ernte durchhalten werden. Wenn jeder seine Pflicht tut, der Erzeuger wie der Verbraucher, dann ist es absolut sicher, daß der Plan unserer Gegner, uns durch Ausfuhrung auszuhanden zu machen, scheitern muß, wie es bei dem unendlich viel schwierigeren Vorkriegsjahre der Fall gewesen ist. (Beifall) (Beifall)

Darauf wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 10 Uhr vertagt. Außerdem kleine Vorlagen und Antrag auf Vertagung des Reichstags bis zum 13. Februar.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Vom Reichstag

Berlin, 3. Nov. Wie wir hören, wird der Reichstag den ihm vorliegenden Arbeitssitz morgen erledigen und sich darauf vertragen. Die in Anbetracht genommenen Rede des Reichstagslers wird infolge dessen verschoben werden. Der weitergehende Ausspruch des Reichstagslers über den Weltkrieg, etwaige wichtige Mitteilungen zu machen.

Die „stille Entschöpfung“ des Abg. Dittmann

Von dem zufälligen Öhrenscheitern einer Verhandlung, die sich an diesem Mittwoh vor der 188. Sitzung des Schöpfungsrates Berlin-Mitte abspielte, werden der Unabhängigen Nationalkorrespondenz die nachstehenden Mitteilungen gemacht:

Die Verhandlung der Schöpfung, über die am letzten Sonnabend im Reichstage verhandelt wurde, hat bezeichnenderweise die einmütige Verurteilung der Parteien wie auch der außerparlamentarischen Öffentlichkeit gefunden. Aber es mögen bei manchem Zweifel in der Ansicht entstehen, ob gerade der Abgeordnete Dittmann von der Reichstagskommission „Arbeitsgemeinschaft“ die geeignete Persönlichkeit ist, den öffentlichen Entschöpfung zu spielen; obwohl mit Rücksicht auf die Beweggründe seines Auftretens vor dem Reichstage, als auch mit Rücksicht auf die Unpopulärität seiner tatsächlichen Mitteilungen. Unter diesen Umständen bekanntlich der Fall gewesen in Schöpfung verbracht, umgekehrt, die nachher von der Polizei mit Prostituierten zusammengepackt worden sein sollten, eine Dampflokomotive. Es machte jedoch einen verhängnisvollen Eindruck, daß Herr Dittmann sich dieses „Glansstück“ für das Plenum aufgespart und sich im Ausschuss genötigt hatte, den Regierungskommissionen die Eingehaltenen zu verhandeln, belassen zu geben. Die geistige Schöpfungserhebung ergab, daß er in der Tat allen Grund hatte, gegen die Zurückhaltung zu üben. Angekündigt waren jene beiden, 15-jährigen Mädchen, Etren und Trobad, wegen unaufrichtiger Fiktionsbildung auf dem Reichstagsamer Sieg anlässlich der Reichstagskommissionen. Auch zum dieser Fiktionsbildung. Das Urteil lautet, daß das Mädchen die Polizei bei dem Tummel die Etren und Trobad aufzukommen mit noch vier anderen, „demonstrierenden“ Mädchen aus dem Reichstagsamt festgenommen hatte, wenn überhaupt, so in einem gemeinsamen, die Fiktionsbildung verurteilen liegt. Im Laufe der dort angehaltenen Verhöre und Personalbefragungen wurde dann ermittelt, daß eine dieser kassierten Sozialdemokraten der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Person der Prostituierten gehörte und also mit den beiden Schützlingen des Abgeordneten Dittmann in schützlicher Umgebung mitgegangen worden war. Die Darstellung über die Fiktionsbildung vor dem Reichstage gab, mußte den Eindruck erwecken und nur sichtlich auf darauf bezweckend, als habe die Polizei die Etren und Trobad mitzuführen, etwa zum Zwecke der „Staatsverehrung“, mit Prostituierten zusammengepackt, welche bei anderen Gelegenheiten ausgetrieben hatten. Hieran ist zu bemerken, daß die Fiktionsbildung die Schöpfung der stiftlichen „Einschöpfung“ des Abgeordneten Dittmann bilden können. Die Verhandlung der Schöpfung ist gewiß nicht unaufrichtig und gibt zu schwierigen Bedenken zweifelslos reichlichen Anlaß. Nur wird man dem Abgeordneten Dittmann, der hier einen der beachtlichsten Fälle nachzuweisen in tendenziöser Erwählung, wiederum selbst ein Reichstag verweigert hat, die Qualifikation zum öffentlichen Anführer am wenigsten zubilligen mögen. Von der ganzen Geschichte bleibt übrig, daß die Herren Dittmann und Dittmann zu den Reichstagsmitgliedern über solche auch weibliche Prostituierte zählen, eine Tatsache, die doch niemandem anders als nur ihnen selbst zum Vorwurf geüben kann.

Das Seegescheh im Kanal

Berlin, 4. November. Ein Londoner Geschäftsman der „S. R.“ berichtet, daß die Schiffe erklären, bei dem nächsten Seegescheh im Kanal am 26. Oktober, seien die von den Engländern dort ausgelegten Netze und Minenfelder größtenteils zerstört und abgetrieben. Die deutschen Kriegsschiffe hätten die englischen Schiffe in der Nähe von Dover zerstört, wodurch englische Landheer vertrieben worden seien. Die Nachrichten warnten, was in der nächsten Nacht im Kanal eigentlich geschehe. Die von Dover ausgehenden englischen Torpedobootszerörer würden die Verfolgung der Deutschen nicht weit verfolgen, da sie wegen der zerstörten Minenfelder selbst Gefahr liefen.

Die Verletzung des Dampfers „Diamant“

Haag, 3. Nov. Die Zeitung „Nederlands“ bespricht den Vorfall mit dem Dampfer „Diamant“ und erkennt die Verletzung des Bannvertrages an, aufzufahren, ebenso die Verletzung des englischen Bannvertrages eines Vorfalls zu unternehmen, um diese Aufbringung zu verhindern. Es sei ein in Redeinstimmung mit dem Bannvertrage geschehen, daß die Deutschen, als sie ihre eigene Sicherheit bedroht haben, den Dampfer zu verfeindeten verurteilten. Der Fall lehrt aber, daß auch bei genauer Verifikation des Bannvertrages durch die beiden Kriegführenden Parteien sich Komplikationen ergeben können, die dazu führen, daß kollisionsfähige Schiffe die Rechnung bezahlen müssen. Das Korrespondenzbüro erzählt, daß gleichzeitig mit der Anhaltung des niederländischen Dampfers „Diamant“ durch die Deutschen auch die Dampfer „Nawwijk“, „Ruswijk“ und „Wasswijk“ angehalten wurden. Nawwijk wurde sofort wieder freigelassen, „Ruswijk“ und „Wasswijk“ wurden nach Beurlaubung aufgebracht und inwäsenden auch wieder freigelassen. Heber den Vorfall mit dem Dampfer „Diamant“ wird eine amtliche Untersuchung eingeleitet werden.

Verient

London, 3. Nov. „Lloyd's“ meldet: Der englische Dampfer „Glenlagan“ ist wahrscheinlich versenkt worden. Die Mannschaft ist in Sicherheit.

Berlin, 3. Nov. Meldung des Neuesten Bureaus. Admiral Pourcelt verifiziert einen Bericht, in dem er erklärt, die Dampfer „Angelic“ und „Rif“ seien torpediert worden, aber auf Minen gelaufen, die vom deutschen oder anderen feindlichen Schiffen herköhren.

Amsting

Bern, 3. Nov. Nach spanischen Zeitungsnachrichten hat ein deutsches Unterseeboot am 28. Oktober im Mittelmeer ein portugiesisches Dampfer „S. S. Gemelos“ von Kap St. Vincent angehalten. Der Kommandant des Unterseebootes soll dem portugiesischen Kapitän erklärt haben, er habe Befehl, alle Schiffe, die er antreffe, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität zu versenken und nur spanische Schiffe zu schonen. Die dem Kommandanten angelegene Weigerung ist so unfinnig, daß diese Nachricht keiner besonderen Widerlegung bedarf.

Schließlich - freibleich

Kopenhagen, 3. Nov. Der dänische Schoner „Arben“ von Marstal war am 12. April von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden, weil er angeblich mit englischen Kriegsschiffen inoffizielle Gespräche hatte. Der englischen den Wägen der Mannschaften gegenüber eine Verteidigung nicht möglich war, hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt, „Schadenersatz“ zu leisten.

